

1923



1922



Für die Gewährung der Völkerbund-Anleihe muss Österreich Währungsstabilität herstellen. Ab 1. März 1925 löst der Schilling die Krone als Zahlungsmittel ab. Der „Alpendollar“ wird abgesehen von der Zeit des Nationalsozialismus bis zur Euro-Einführung 1999 Österreichs Währung sein.



1925



Der Wahlkampf für die Nationalratswahlen 1923 steht im Zeichen der „Genfer Sanierung“ und ihrer Folgen. Die Christlichsozialen stellen ihren Bundeskanzler Ignaz Seipel als Garanten für eine sichere Zukunft dar, die Sozialdemokratie hingegen als unfähig zur Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme. Diese greift ihrerseits die Christlichsozialen wegen unsozialer Verteilung der Sanierungskosten und als Komplizen des ausländischen Finanzkapitals an. Beide Parteien legen zu, aber die Koalition aus Christlichsozialen und Deutschnationalen bleibt bestimmende Kraft.

Nach dem Krieg explodiert die Inflation, 1922 droht Staatsbankrott. Alle politischen Kräfte befürworten rasches Gegensteuern. Bundeskanzler Seipel erreicht in Genf eine Anleihe des Völkerbunds, der Vorläuferorganisation der UNO, in der Höhe von 650 Millionen Goldkronen. Das eine Problem: Das Parlament und damit die große Oppositionspartei sind von den entscheidenden Verhandlungen ausgeschlossen, sie sind vor vollendete Tatsachen gestellt. Das andere Problem: Die Geldgeber sind Banken aus den Entente-Staaten. Sie verlangen die Garantie, dass ihr Geld gut angelegt ist. Österreich wird behandelt wie 90 Jahre später das bankrotte Griechenland: es ist einem Völkerbund-Kontrollkomitee unterstellt. Ein „Generalkommissär“ entscheidet über die Verwendung der Anleihe, ohne seine Zustimmung dürfen Parlament und Regierung keine Maßnahmen setzen. Verlangt wird eine Sanierung ausschließlich durch Budgeteinsparungen bei Zurücknahme der Staatseingriffe in den „freien Markt“, besonders der Sozialbudgets. Das kommt der wirtschafts- und finanzpolitischen Position der Regierung entgegen. In wenigen Jahren sind ein Nulldefizit und eine harte Währung erreicht. Aber der Erfolg geht auf Kosten der wirtschaftlichen Erholung, der Sozialleistungen und der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.